



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

☎ (030) 227-73447

📠 (030) 227-76318

✉ ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

Berlin, 03. Dezember 04

Rossmann fordert Landrat Grimme auf, die Täuschung der Bürger zu beenden 2,5 Mrd. Entlastung für Kommunen in Deutschland durch Hartz IV sind sicher

Ein „taktisches Verwirrspiel“ und eine „Kampagne der Täuschung“ wirft der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann dem Landrat des Kreises Pinneberg Dr. Wolfgang Grimme und anderen CDU-Kreispolitikern in Bezug auf die Entlastung der Kommunen durch die Arbeitsmarkt-reformen vor. Rossmann: „SPD und CDU in Bundestag und Bundesrat haben gemeinsam gesetzlich vereinbart, dass die Kommunen in Deutschland jährlich um 2,5 Milliarden Euro entlastet werden. Der Landrat will die Öffentlichkeit täuschen und die Menschen verdummen, wenn er immer wieder so tut, als ob der Bund den Kommunen in Deutschland die Entlastung vorenthalten würde.“

Der Abgeordnete verweist darauf, dass die Sicherstellung der kommunalen Entlastung im Gesetz durch zwei Überprüfungstermine im Jahr 2005, nämlich am 1. März und am 1. Oktober, abgesichert worden ist. Zudem habe sich das Land Schleswig-Holstein eindeutig verpflichtet, die von der Bundespolitik ausgehende Entlastung für die Kommunen voll an die Städte und Gemeinden weiterzugeben. Dies ist dem Landrat durch einen Brief des Landesfinanzministers vom 23. September dieses Jahres an die kommunalen Verbände bekannt. Rossmann: „Zu Beginn des Jahres 2005 wird die Landesregierung die vom Bund bereitgestellten Mittel nach einem Verteilungsschlüssel auf die Kreise und die kreisfreien Städte verteilen.“

Aus den landesweiten Nettoentlastungen bei der Sozialhilfe in Höhe von 120 Millionen Euro werden für die Gesamtheit des Kreises Pinneberg geschätzte 11,5 Millionen Euro fließen. Auch die Nettoentlastung von rund 27 Millionen Euro aus Einsparungen beim Wohngeld wird vom Land an die Kommunen weitergeleitet. Für die Gesamtheit des Kreises Pinneberg seien hierbei 2,5 Millionen Entlastung veranschlagt. Das bedeutet für die Kommunen im Kreis eine Gesamtentlastung von rund 14 Millionen Euro. Rossmann: „Natürlich sind dies geschätzte Zahlen, erst am Ende wird spitz abgerechnet. Aber die Entlastung für die Kommunen kommt in jedem Fall.“

Der Abgeordnete hält es deshalb für unzulässig, dass der Landrat offensichtlich nur die Finanzen des Kreises im Auge hat und die Gesamtheit der Kommunen des Kreises außen vor lässt. Rossmann: „Man muss den Eindruck gewinnen, dass die Städte und Gemeinden vom Kreis über den Tisch gezogen werden sollen.“ Es

dränge sich der Verdacht auf, dass der Kreis angesichts der vollmundigen Versprechungen der CDU zur Haushaltssanierung seine Finanzprobleme künstlich hochrechnet, um sich so eine bessere Ausgangslage für die Verhandlungen mit den Städten und Gemeinden über die Erhöhung der Kreisumlage zu sichern. Rossmann: „Vom Landrat und der CDU im Kreis muss erwartet werden, dass sie diese Fragen klar und transparent angehen. Stattdessen versuchen der Landrat und die CDU, die anderen Finanzprobleme des Kreises aus durchsichtigen Motiven mit Hartz IV zu vermischen und sich dahinter zu verstecken. Dieses Spiel muss jetzt beendet werden.“